58. Jahrgang. № 175.

Freitag, 26. Juni 1914.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.

Bezugs-Gebühr vierteljährl. für Dresden bei täglich zweimaliger Zutragung (an Sonn- und Montagen nur einmal) 2,50 M., durch auswärtige Kommissionäre bis 3,25 M. Bei einmaliger Zustellung durch die Post 3 M. (ohne Bestellgeld). Ausland: Oesterreich-Ungarn 5,45 Kr., Schweiz 5,65 Frks., Italien 7,17 Lire. — Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.") zulässig. – Unverlangte Manuskripte werd. nicht aufbewahrt.

Anzeigen-Tarif. Annahme von Ankündigungen bis nachm. 3 Uhr, Sonntags nur Marienstraße 38 von 11 bis ½1 Uhr. Die einspaltige Zeile (etwa 8 Silben) 30 Pf., die zweispaltige Zeile auf Textseite 70 Pf., die zweispalt. Reklamezeile 1,50 M., Familien-Nachrichten aus Dresden die einspalt. Zeile 25 Pf. — In Nummern nach Sonn- und Feiertagen erhöhter Tarif. — Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. — Jedes Belegblatt 10 Pf.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.
Sammelnummer für sämtl. Telephonanschlüsse: 25241
Nachtanschluß: 20011.

Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.

Ernst Göcke
Wilsdruffer Straße 16
Porzellan Steingut Kristall.

Bei Insektenstichen
lindert sofort Schmerz und Geschwulst Culapin. Tube 60 Pf.
Königl. Hofapotheke, Dresden-A., Georgentor.

Louis Herrmann, Am See 28
Drahtgeflechte

Braut-Ausstattungen und Möbel aller Art in neuzeitlichen, aparten Geschmackrichtungen. Laden Sie äußerst vorteilhaft in der
Dresden-Wilsdruffer Möbel-Zentrale
Inh.: Ernst Krause, Wettinerstr. 7, Ecke Palmstr. Tel. 12616.

Lederwaren · Reise-Artikel
Weitgehendste Auswahl in Gebrauchs- und Luxus-Lederwaren.
Versand nach auswärts. Katalog kostenlos.
Adolf Näter
Größtes Lederwaren-Spezialgeschäft 26 Prager Strasse 26.

Für eilige Leser

am Freitag morgen.

Der sächsische Hof legt für den verstorbenen Herzog Georg von Sachsen-Meiningen Trauer auf zwei Wochen bis 8. Juli an.

Die Stadtverordneten lehnten die Schaffung der Stelle eines besoldeten ärztlichen Stadtrates ab.

Ein Besuch des Kaisers auf der Buchgewerbe-Ausstellung in Leipzig ist für den 4. oder 5. Juli in Aussicht genommen.

Gräfin Hanna Bismarck und ihre jüngere Schwester sind vom Kaiser als seine Gäste zur Kieler Woche eingeladen worden.

Im bayrischen Landtag gab der Verkehrsminister eine ausführliche Erklärung über die bayrische Post ab.

In München nahm gestern der 10. Deutsche Aerztetag mit der Hauptversammlung des Wirtschaftlichen Verbandes seinen Anfang.

Das Kriegsgericht in Metz sprach den wegen Beleidigung des deutschen Heeres angeklagten Diedenhofener Kaplan Adam frei.

Der schweizerische Bundesrat beschloß, vorläufig ausschließlich deutsche Flugzeuge für das schweizerische Heer anzukaufen.

Die albanische Regierung teilte Ismael Kemal telegraphisch mit, daß sie seine Hilfe annehme und ihm eine Stelle in einem neuen Kabinett anbiete.

Zehntausend Rebellen marschieren auf Durazzo; die Lage der Regierung ist nach den letzten Meldungen aussichtslos.

Die griechische Antwort auf die türkische Note ist in versöhnlichem Sinne gehalten.

Wetteransage der amtl. sächs. Landeswetterwarte: Westliche Winde; wechselnde Bewölkung; Temperatur wenig geändert; kein erheblicher Niederschlag.

Die Rüstungszwickmühle des Zweibundes.

Bei den Erörterungen über das Dreijahrsgesetz, die in der französischen Presse andauernd fortgesetzt werden, stellt sich immer klarer und unzweideutiger heraus, daß tatsächlich Rußland die treibende und wirkende Kraft gewesen ist, deren Drängen diese einschneidende militärische Maßnahme der dritten Republik zustande gebracht hat. Von leitender französischer Stelle ist bekanntlich der Versuch gemacht worden, das Dreijahrsgesetz als Antwort auf die letzte deutsche Heeresvermehrung hinzustellen. Das ist aber eine Fälschung des wahren Sachverhaltes, der nunmehr durch die in der Pariser Presse gegebenen Andeutungen und Enthüllungen in greifbarer Form in die Erscheinung tritt. Es kann jetzt keinem Zweifel mehr unterliegen, daß das Dreijahrsgesetz als die französische Gegenleistung für die umfangreichen russischen Rüstungsmaßnahmen anzusehen ist, die das Zarenreich dem republikanischen Zweibundgenossen zuliebe ins Werk gesetzt hat. Die französischen Revanchepatrioten, die auf die eigene Kraft Frankreichs zur Erreichung ihrer feindseligen Zwecke gegenüber Deutschland nicht vertrauen, sondern alles Heil von England und in erster Linie von Rußland erwarten, nahmen in steigendem Maße daran Anstoß, daß die russische Kriegsbereitschaft nicht genügend gesichert sei, um den russischen Heeresmassen ein nachdrückliches Eingreifen zu gestatten, bevor Deutschland Zeit zu einem entscheidenden Schlage gegen Frankreich gefunden habe. Die in Rußland herrschende deutschfeindliche Stimmung und die milliardenreiche offene Hand der französischen Hochfinanz wirkten zusammen, um das russische Ohr den französischen Wünschen und Einflüsterungen geneigt zu machen. Die russische Heeresleitung verstärkte ihre Friedenspräsenz um 345 000 Mann, verbesserte die strategischen Verkehrswege zur Beschleunigung der Mobilmachung, und gleichzeitig fügte sich die Petersburger Marineverwaltung dem französischen Ansinnen nach einer erheblichen Vermehrung der Flotte, nachdem der Zweibundvertrag durch eine Zusatzbestimmung erweitert worden war, die ein gemeinsames Vorgehen der Verbündeten im Kriegsfalle auch zur See festsetzte.

Diese gewaltigen russischen Anstrengungen zur Erhöhung seiner militärischen Schlagfertigkeit zu Wasser und zu Lande wurden von dem damaligen Ministerpräsidenten Poincaré persönlich in Anregung gebracht, als er vor drei Jahren seinen ersten Besuch in Petersburg abstattete. Die Petersburger Diplomatie fand aber trotz aller Franzosenbegeisterung doch insofern ein Haar in der Sache, als ihr die bloße Füllung der russischen Staatskassen mit französischem Gelde nicht als hinreichendes Aequivalent für so weitgehende Zugeständnisse erschien. Sie verlangte daher ihrerseits von Frankreich eine Bürgschaft für die Schlagfertigkeit des französischen Heeres und forderte zu dem Zweck kategorisch die Rückkehr zu der dreijährigen Dienstzeit, um die Wehrmacht der Republik auf das gewünschte Maß zu steigern. Herr Poincaré mußte, wenn er nicht seine ganzen Pläne zu Wasser zerrinnen lassen wollte, wohl oder übel dem russischen Verlangen zustimmen, und so kam er zu einer Zeit, wo in Deutschland von einer neuen Heeresvorlage noch nicht einmal schattenhafte Umrisse zu bemerken waren, als Prophet des Dreijahrsgesetzes nach Paris zurück.

Rußland hat gefordert und Frankreich hat gehorcht; das ist des Pudels Kern. So erklärt sich auch die auffällige Tatsache, daß ursprünglich die Mehrheit des Kabinetts Briand, von dem die Vorlage im Parlament eingebracht wurde, aus lauter entschiedenen Gegnern der dreijährigen Dienstzeit bestand, während plötzlich nach einem Ministerrat, dem Herr Poincaré präsidierte, ein allgemeiner Umschwung eintrat. Ein Mitglied des Kabinetts Briand hat damals, wie jetzt bekannt wird, zur Erklärung dieses jähen Gesinnungswechsels geäußert, der Präsident habe derartig schwerwiegende Mitteilungen gemacht, daß auch den Gegnern der dreijährigen Dienstzeit keine andere Möglichkeit geblieben sei, als der Maßregel zuzustimmen. Weiter wird in der Presse angedeutet, daß im Staatsarchiv über die von Herrn Poincaré seinerzeit in Petersburg getroffenen Abmachungen Dokumente vorhanden seien, deren Kenntnisnahme bei jedem französischen Politiker die äußerste Verblüffung erregen würde. Die ganze Angelegenheit ist also stark mit Beweggründen und Triebkräften aus der Kulissen- und Hintertreppenpolitik durchsetzt, und daraus erklärt sich auch die eigentümliche Art, wie das Dreijahrsgesetz der französischen Nation gewissermaßen Hals über Kopf, bei Nacht und Nebel aufgezwungen worden ist, während man doch eigentlich hätte erwarten sollen, daß der Präsident aus einem so wichtigen Anlaß mit einer Botschaft vor das Parlament getreten wäre, um in feierlicher Form die Gründe zu einem so folgenschweren Schritt bekannt zu geben. Herr Poincaré fürchtete offenbar, daß bei einem derartigen offenen Vorgehen seine Petersburger Karten zu früh aufgedeckt worden wären, und deshalb ließ er seinen persönlichen Einfluß im geheimen spielen, um die Vorlage durchzudrücken. Damit glaubt man nun in französischen chauvinistischen Kreisen endlich die ersehnte Ueberlegenheit über Deutschland erreicht zu haben, so daß der Berliner Vertreter eines Pariser Blattes triumphierend ausruft: „Ich bin überzeugt, daß, wenn morgen ein Krieg der Tripelentente ausbricht, Deutschland geschlagen werden würde". Eine solche Stimmung ist nicht unbedenklich!

Wenn Herr Poincaré demnächst wiederum vor den Zaren hintritt, so kann er dem Herrscher des Zarenreiches die Meldung erstatten, daß das Werk, das der Kabinettschef vor drei Jahren begann, von dem Präsidenten der Republik zum Abschluß gebracht worden ist. Wenn das Oberhaupt der dritten Republik, das dem Dreijahrsgesetz seinen persönlichen Stempel aufgedrückt hat, dafür vom Zaren mit besonderer Huld und Auszeichnung bedacht wird, so gewinnt Herr Poincaré dadurch vielleicht einen neuen Nimbus, der seine Stellung gegenüber den Angriffen der Gegner des Dreijahrsgesetzes befestigt und die Gerüchte von der Präsidentenkrise endgültig zum Schweigen bringt. Vielleicht, aber nicht sicher! Denn die Tatsache, daß sich Frankreich mit der Rückkehr zur dreijährigen Dienstzeit sowohl bevölkerungspolitisch, wie finanziell übernommen und zuviel zugemutet hat, bleibt bestehen, mit allen ihren ungünstigen Einwirkungen auf die weitere Entwicklung der innerfranzösischen Zustände und Verhältnisse. Wie schlimm es insbesondere mit der Finanzgebarung der Republik bestellt ist, dafür ist der eintägige Ministerpräsident Ribot selbst ein klassischer Zeuge. Er hat in der Kammer von der finanziellen Lage des französischen Staates ein Bild in so dunkler Schattierung gezeichnet, wie es bisher noch niemals in ähnlicher Weise von einem republikanischen Regierungsvertreter entworfen wurde. Der Kern seiner Ausführungen bestand in der Feststellung, daß im Falle einer Fortsetzung der Defizitwirtschaft Frankreichs Staatskredit eine nicht wieder gutzumachende Schwächung erleiden würde; das Vertrauen sei schon jetzt in schwerster Weise erschüttert, und nur eine gründliche Steuerreform könne Abhilfe schaffen. Die Staatskassen sind derartig geleert, daß das neue Kabinett Viviani im Widerspruch mit seiner Versicherung, bis Ende des Jahres aus den baren Beständen schöpfen zu können, sich an die Bank von Frankreich wegen Gewährung eines Zuschusses von 200 Millionen hat wenden müssen, und wenn die neue Anleihe begeben ist, wird die französische Staatsschuld die runde nette Summe von 33 Milliarden erreicht haben. Trotzalledem aber will die Regierung es noch mit einer zweiten und dritten Anleihe in absehbarer Zeit versuchen, weil sie nicht den Mut hat, ihre ganze Energie für die Durchführung einer großzügigen Steuerreform einzusetzen. Solange es Herrn Poincaré und seinem gemäßigt republikanischen Anhange nicht gelingt, das herrschende finanzielle Chaos durch einen geordneten Zustand zu ersetzen, wird auch der Kampf gegen den Radikalismus, der gerade in der Betonung der Steuerreform eins der zugkräftigsten Agitationsmittel besitzt, vergebliche Liebesmühe bleiben.

Drahtmeldungen

vom 25. Juni.

Zum Tode des Herzogs Georg von Sachsen-Meiningen.

Bad Wildungen. (Priv.-Tel.) Herzog Bernhard von Sachsen-Meiningen traf heute mittag hier ein, nach zweistündigem Aufenthalte reiste der Herzog nach Meiningen zurück. Die Leiche des verstorbenen Herzogs Georg ist von seinem Sterbezimmer im fürstlichen Badehotel aufgebahrt.

Jena. (Priv.-Tel.) Prinz Georg von Meiningen, der nunmehrige Erbprinz von Sachsen-Meiningen, ist heute mittag von Jena, wo er studiert, nach Bad Wildungen an die Bahre seines Großvaters geeilt.

Berlin. Der „Reichsanzeiger" schreibt zu dem Ableben des Herzogs Georg II. von Sachsen-Meiningen: „Nach dem Hinscheiden des greisen Prinz-Regenten Luitpold von Bayern war Herzog Georg II. von Sachsen-Meiningen der älteste der deutschen Bundesfürsten. Bis nahe an die Schwelle des 90. Lebensjahres hat die ehrwürdige Gestalt des Heimgegangenen unter den Zeitgenossen geweilt. Und wie in Thüringen, wurde im ganzen Reiche diesem treuen deutschen Fürsten mit Gesinnungen der Liebe, der Verehrung und der Dankbarkeit begegnet. Seit den Jahren der nationalen Einigung, als der Verewigte an dem deutsch-französischen Kriege teilnahm, hat er fest zu Kaiser und Reich gestanden. Seinen Meiningern, die ihren Herzog „Jörg" nicht vergessen werden, war er ein gütiger, im großen und kleinen fürsorglicher Landesvater gewesen. Unzertrennlich bleibt sein Andenken mit hohen, in ernster Arbeit erworbenen Verdiensten um die deutsche Schauspielkunst verbunden, die den meiningischen Namen in der ganzen Welt zu Ehren gebracht haben. An der Bahre des dahingeschiedenen Herzogs trauert mit dem ihm verschwägerten Kaiserhause und den thüringischen Gauen das deutsche Vaterland, dessen Ansehen zu mehren auch ihm vergönnt gewesen ist."

Berlin. In dem Nachrufe der „Nordd. Allg. Ztg." zum Tode des Herzogs Georg II. von Sachsen-Meiningen heißt es: „Mit warmer Teilnahme wird diese Kunde allenthalben in Deutschland und namentlich in Preußen, dessen Herrscherhaus mit der herzoglich meiningischen Familie in nahen verwandtschaftlichen Beziehungen steht, vernommen werden. Gehörte doch der Herzog Georg zu den volkstümlichsten Fürstengestalten Deutschlands. Ihm war es vergönnt, an Ereignissen tätig mitzuwirken, die zur Einigung des deutschen Volkes führten. Der deutsch-französische Krieg rief ihn aus der Heimat zu den Kämpfen, in denen es um Deutschlands Schicksal ging. Nach Errichtung des Reiches hat sich Herzog Georg jederzeit als reichstreuer Herrscher bewährt, dem die Entfaltung der nationalen Kräfte zu steigender Entwicklung am Herzen lag. Dem Meininger Lande galt seine unablässige förderliche Fürsorge, die sichtbare Erfolge gezeitigt hat. In den Zeiten des Friedens legte der Herzog einen seltenen Sinn für die Kunst an den Tag, die unter seiner Führung in Meiningen eine weithin berühmte Pflegstätte besaß. So umfaßte das Wirken des heimgegangenen Herrschers ein weites Gebiet und sichert der langen Regierung Herzogs Georg II. ein bleibendes Andenken weit über die Grenzen des Herzogtums Meiningen hinaus."

Die Krisis in Albanien.

Fortsetzung der Befestigungsarbeiten.

Durazzo. Die vergangene Nacht, sowie der heutige Tag verliefen ohne Zwischenfall. Auch heute wurden die Befestigungsarbeiten von der städtischen Bevölkerung fortgesetzt. Sämtliche Geschäfte der Stadt sind geschlossen. Die Arbeiten dürften morgen, spätestens übermorgen, vollendet sein, sind jedoch jetzt schon soweit gediehen, daß auch bei einer etwa versuchten Ueberraschung durch den Feind mit Erfolg Widerstand geleistet werden könnte. Gleichzeitig errichtet auch der Feind stark befestigte Positionen, die am Rasbul heute beobachtet werden konnten. Heute früh ist beim Minister des Innern von den Rebellen ein Schreiben eingelaufen, zwecks Einleitung von Verhandlungen um Entsendung einer Ab-